

Telefon 0681/66830-0
Fax 0681/6683017
info@gew-saarland.de

26.06.2025

GEW: JAHRESBERICHT DER ARBEITSKAMMER ZEIGT DIE GROSSEN BAUSTELLEN DER BILDUNGSPOLITIK

Fokus auf Bildungsfinanzierung und Personalaufwuchs sind wichtiger denn je

Saarbrücken – Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Landesverband Saarland, sieht sich durch den Jahresbericht „Bildungspolitik im Wandel“ der Arbeitskammer des Saarlandes darin bestätigt, dass zusätzliche Investitionen in Bildung dringend notwendig sind.

„Beginnend mit der frühkindlichen Bildung sehen wir bereits, dass aktuell eine Betreuungslücke von 10 % herrscht. Laut Arbeitskammer fehlen also bis 2030 bis zu 4.100 Fachkräfte. Weitergehend müssten in Schulen mindestens 350 Lehrkräfte pro Jahr eingestellt werden, um den Status quo zu halten. Angesichts der Herausforderungen, die unser Bildungssystem jeden Tag erlebt, kann das Verharren auf dem jetzigen Stand nicht der politische Anspruch sein,“ so der Landesvorsitzende Max Hewer.

Daher kommt für die GEW in dem Bericht nicht überraschend zu Tage, dass 20 % der jungen Erwachsenen im Saarland keinen Berufsabschluss haben, obwohl sie in Zeiten des Fachkräftemangels dringend gebraucht würden.

Bildungspolitische Maßnahmen wie G9 und kostenfreie Kitas sind zwar richtig, gehen aber an der aktuellen Problematik vorbei. Letztere Maßnahme wirkt dabei auch eher sozial- bzw. familienpolitisch, weniger bildungspolitisch. Die Bildungsgewerkschaft fordert daher eine klare Fokussierung auf das Gewinnen und Halten von qualifiziertem Personal im gesamten Bildungsbereich. Nur dadurch werden Lernsettings geschaffen, die für Kinder und Jugendliche förderlich sind und über eine reine Betreuung hinausgehen.

Die Landesregierung hat es verpasst, mit ihrer Zusage von lediglich 88 zusätzlichen Planstellen für das kommende Schuljahr 2025/2026, hier das Ruder herumzureißen, um qualitative Verbesserungen anzugehen. „Dies zeigt sich auch im Jahresbericht anhand der Bildungsausgaben im Ländervergleich. Hier bleibt das Saarland für 2024 auf Platz 13 der Bundesländer und liegt, trotz Steigerungen in den letzten Jahren, rund 5,5% unter dem Länderdurchschnitt. Dies ist das klare Signal an die Landesregierung, diese Lücke endlich zu schließen,“ so Max Hewer abschließend. ■